

MEINHARD MEUCHE-MÄKER

Quo vadis, Schill-Partei?

Die Schill-Partei tritt zur Bundestagswahl am 22. September an. Sie konnte bei der Bürgerschaftswahl in Hamburg aus dem Stand fast zwanzig Prozent der Wählerinnen und Wähler für sich gewinnen. Ihre Führungsfigur, Ronald Schill, wurde abwechselnd Rechtsbeugung im Amt, Kokaingenuß und Schlendrian, vor allem aber ein straffer rechtspopulistischer Kurs angelastet. Gelingt es dieser politischen Formation, ihren Hamburger Erfolg bundesweit zu wiederholen, oder ist dieser Versuch längst zum Scheitern verurteilt? Ist die Schill-Partei eine Gefahr für die Union von rechts oder erweitert sie paradoxer Weise gerade deshalb deren strategische Optionen? Ist die bundesdeutsche Gesellschaft bereits so erodiert, das die Schill-Partei in der Lage ist, Protest von rechts gegen das neoliberale Projekt zu bündeln? Fragen, für deren Beantwortung ein genauerer Blick auf die Entstehung und bisherige Entwicklung der Schill-Partei notwendig ist.

»Ein Gespenst geht um in Europa – das Gespenst des Populismus«*

Rechte Parteien feiern z. Z. in Europa Erfolge. Haider in Österreich, Le Pen in Frankreich, Blocher in der Schweiz, Pia Kjaersgaard in Dänemark oder jüngst Fortuyn in den Niederlanden stehen für die Fähigkeit, rechtspopulistische, z. T. auch rechtsextremistische Positionen in elektoralen Erfolg umzusetzen und teilweise sogar Regierungsbeteiligungen zu gewinnen. Mit unterschiedlicher Ausprägung von regionalistischen, wirtschaftsliberalen oder antimodernen Momenten erzielen sie zwischen zehn und zwanzig Prozent der Stimmen.

Studien über die Akzeptanz des Rechtsextremismus belegen, dass auch in der Bundesrepublik ein größeres rechtsextremes bzw. rechtspopulistisches Potential existiert, als es in den Wahlergebnissen von DVU, Republikanern, NPD u. a. zum Ausdruck kommt. Die bisherige Erfolglosigkeit rechtspopulistischer Parteien gründete sich u. a. in ihrer Stigmatisierung aufgrund der deutschen nationalsozialistischen Vergangenheit, ihrer organisatorischen Zersplitterung sowie in ihrer Anziehungskraft auf Gruppierungen und subkulturelle Milieus im rechtsextremen Lager (Decker).

Die gegenwärtige Welle erfolgreicher Formationen in Europa hat jedoch darüber hinausgehende Ursachen. Traditionelle soziale und kulturelle Milieus und Strukturen lösen sich auf. Die Individualisierung reicht weit über die damit verbundene Auflösung tradierter Partei-bindungen hinaus. Der »Siegesszug« der europäischen Sozialdemokratie, die erst vor einigen Jahren die meisten konservativen Regierungen ablöste, endete mit dem Bankrott ihrer Politik. Gewählt in der Hoffnung, sie würde die globalen Prozesse sozial abfedern, machte sie sich zum Protagonisten von Sozialabbau und Deregulierung. Der rechtspopulistische Trend basiert auf der gescheiterten Politik der bislang dominierenden bürgerlichen und Mitte-Links Regierungen und auf der wachsenden Verunsicherung zahlreicher Menschen über die Gefährdungen und Fehlentwicklungen im globalisierten Kapitalismus (Bischoff/Müller).

Veränderungen der Arbeits- und Lebensweise und daraus entstehende Ängste führen zum Funktionsverlust der Politik. Spendenaffären vergrößern die Entfremdung von der politischen Klasse und beschleunigen die Krise der Repräsentation. Diese spezifische politische Gemengelage und eine charismatische Figur, die es versteht ihre Chance zu nutzen, können eine reale Herausforderung des neoliberalen Projektes von rechts formieren (Chrapa). Schills Erfolg in Hamburg belegt, dass rechtspopulistische Parteien auch in der Bundesrepublik über erhebliche Wahlchancen verfügen.

* Frankfurter Allgemeine Zeitung, 24. Juli 2002

Rückblick: Schill, der Hamburger Wahlgewinner

In der Bürgerschaftswahl am 23. September 2001 gelang es Schill mit der von ihm gegründeten *Partei Rechtsstaatlicher Offensive* 19,4 Prozent der Stimmen zu gewinnen. Er erreichte damit etwas, das es in der Bundesrepublik zuvor nie gab: Seine erst ein Jahr zuvor gegründete Partei erzielte aus dem Stand den Einzug ins Parlament, wurde mit Abstand drittstärkste politische Kraft und Regierungspartei (Meuche-Mäker).

Damit wurde nicht nur die seit über vier Jahrzehnten regierende SPD entthront und die Bildung eines aus CDU, Schill-Partei und FDP bestehenden Mitte-Rechts-Senats ermöglicht. Die CDU verlor 4,5 Prozent, und auch die FDP, bei anderen Landtagswahlen (Berlin/Sachsen-Anhalt) und bundesweiten Umfragen im Aufwind, rutschte nur knapp über die Fünfprozenthürde. Letztendlich wurde das WählerInnenpotential der rechtsextremistischen Parteien fast vollständig absorbiert. Die Schill-Partei ist die eigentliche Gewinnerin der Hamburger Bürgerschaftswahl.

Warum fand ausgerechnet in einer der reichsten Regionen Europas dieser Aufstieg statt? Der SPD/GAL-Senat hat eine Standort- und Sparpolitik (z.B. der Ausbau der Airbusproduktion) betrieben, die dank einer relativ geringen Arbeitslosenquote Beifall von Gewerkschaften, aber auch von CDU und Wirtschaftskammern brachte. Die Stadt- und Sozialentwicklung (Verwahrlosung, Verarmung, Bettelei, Drogenumschlag) bereitete dennoch seit fast einem Jahrzehnt den Nährboden für starke rechte Strömungen. In den sozialen Brennpunkten kamen die versprochenen Effekte nur bedingt an, und das Thema Innere Sicherheit wurde trotz aller Warnungen vernachlässigt.

Dies nutzte der wegen fragwürdiger Rechtsprechung suspendierte »Richter Gnadenlos« und erklärte die Kriminalität, die Versorgung von Flüchtlingen und den stockenden Stadtverkehr zu Schlüsselfragen des Volkswohls (Müller).

Im Hamburger Wahlprogramm spielen Arbeitsmarkt-, Wirtschafts- oder gar Bildungspolitik nur eine untergeordnete Rolle. Grundgedanke ist, dass die ökonomischen und haushälterischen Probleme Hamburgs erst zu lösen seien, wenn härter gegen Kriminalität und Immigration vorgegangen werden würde. Es ist »der Kriminelle«, der für fast alle Übel herhalten muss. Immerhin: Die Hälfte der HamburgerInnen sahen in der Sorge vor Kriminalität und Gewalt das wichtigste politische Thema. Je höher dieser Wert im Jahresverlauf anstieg, desto höher fielen die Umfrageergebnisse für Schill aus. Er konnte das Thema glaubwürdig monopolisieren, und ihm wurde die größte Lösungskompetenz zugewiesen.

Es waren lokale Faktoren, die die Wahl entschieden. Nicht die reale Positiv/Negativ-Bilanz des rot-grünen Senats war entscheidend, sondern eine ausgeprägte Anti-Filz- und Wechselstimmung. 44 Jahre ununterbrochene SPD-Regierungstätigkeit führten in der Tat zur personellen Verflechtung von Behörden, öffentlichen Einrichtungen und Betrieben mit der SPD. Neben dem Thema Innere Sicherheit eröffnete dies Schill Zugang zu einem größeren WählerInnenpektrum.

Die Wählbarkeit der Schill-Partei wurde wesentlich durch die Ankündigung der CDU¹ gefördert, mit Schill eine Koalition bilden zu wollen. Sie konnte sich hierdurch zugleich sowohl als Gestaltungs- als auch Protestpartei anbieten. Sie nutzte die Unzufriedenheit, griff rechten Antietatismus, rechten Antiparlamentarismus und allgemeine Parteienverdrossenheit auf und gerierte sich als Protestpartei. Zugleich war klar, dass es keine verlorene Stimme – wie '97 bei der Wahl der DVU² – war, sondern dass zumindest ein Teil der Forderungen in einer Mitte-Rechts-Koalition realisiert werden würde.

Unterstützung erfuhr Schill durch den Springer-Verlag, der den Hamburger Tageszeitungsmarkt beherrscht. *Welt*, *BILD* und *Hamburger Abendblatt* warben intensiv für seine Themen, teilweise auch für seine Partei. Es fehlte eine Kraft der Linken, die willens und in der Lage gewesen wäre, die Probleme der Menschen ernst zu nehmen und eine realistische und solidarische Politik zu entwickeln. Anders als die Gewerkschaft ver.di verzichtete die SPD weitgehend auf die konkrete öffentliche Zuspitzung und Auseinandersetzung. Weniger hilfreich waren die Antifa-Reflexe eines Teils der politischen Linken (»Weg mit der Schill-Partei«), die die Qualität des Phänomens Schill nicht erkannten.

Ein Blick auf die WählerInnen bestätigt obige Einschätzungen. Neben den 165.000 Menschen (19,4 Prozent) die sie bei der Bürgerschaftswahl wählten, erzielte die Schill-Partei bei den gleichzeitig stattfindenden sieben Bezirksversammlungswahlen Ergebnisse zwischen 16 und 27 Prozent. Der Stimmenanteil von rechtsextremistischen Parteien, vor allem von DVU und Republikanern, lag bei 45.700 (HA 25.9.02). Die WechselwählerInnen von diesen Parteien entsprachen 28 Prozent der insgesamt für die Schill-Partei abgegebenen Stimmen. Sie war außerdem die einzige Partei, die in nennenswertem Umfang NichtwählerInnen gewinnen konnte.

Die Ansprache der »hart arbeitenden Bürger« findet in unterschiedlichen Schichten Anklang, und die Wählerschaft der Schill-Partei ist von ihrer sozialen Basis eher heterogen bestimmt. Sie erzielte allerdings »relativ höhere Stimmenanteile in Stadtteilen mit geringem sozialem Status, gekennzeichnet durch hohe Anteile von Sozialhilfeempfängern, Arbeitslosen und Geringverdienern sowie durch ein geringes Bildungsniveau der Bevölkerung«.³ Dort wo das steuerpflichtige Einkom-

men hoch ist, gewann sie nur 14,7 Prozent, dort wo es niedrig ist, 19,4 Prozent. Entsprechend läßt sich feststellen, dass beispielsweise der Anteil der HauptschülerInnen (27 Prozent) dreimal so hoch ist, wie der der HochschulabsolventInnen (9 Prozent). Auf Grund der insgesamt hohen Wahlbeteiligung bei älteren Wahlberechtigten war der Anteil der über 60jährigen Wählerinnen und Wähler sehr hoch und lag bei fast 41 Prozent der Schill-Wählerinnen und -wähler, der Anteil der Frauen insgesamt nur bei 45,5 Prozent.

»Schills Anhängerschaft besteht aus zwei Segmenten: einem rechts-bürgerlichen und einem, vorzugsweise sozialdemokratisch gespeisten, rechts-populistischen Teil. Beide ließen sich unter dem Thema innere Sicherheit zusammenführen, verbinden mit ihrer Stimmabgabe für die Schill-Partei unterschiedliche Erwartungen. Die bürgerlichen Wähler lassen sich mit einem pragmatischen Regierungsstil zufrieden stellen, der insbesondere zur Entschärfung der als dramatisch empfundenen Probleme der inneren Sicherheit in Hamburg beiträgt. Die rechtspopulistischen Wähler dagegen, aus sozialen Randlagen und politisch entfremdet, dürften mehr erwarten.« (Raschke/Tils)

Schill: »Ich würde mich nicht als rechts bezeichnen. Ich bin grundsätzlich liberal.«*

Der Begriff Populismus steht für eine konkrete Politik-, Interaktions- und Kommunikationsform, die vier Kernelemente enthält: charismatische Führerschaft, »einfaches Volk« vs. Establishment, radikale Simplifizierung sowie Vorurteils- und Angstpolitik (Raschke/Tils). Hieran überprüft, ist die Schill-Partei unstrittig populistisch. Schill selbst ist dank der Inszenierung als »Richter Gnadenlos« der charismatische Führer der Partei, die ohne »Schill« als Markennamen schlecht vorstellbar wäre. Der Kampf gegen das Establishment, die sich überall breit machenden »68-er«, gegen »die Traditionsparteien«, gegen den »Genossen-Filz«, das sind seine Themen, um antidemokratischen, rechten Antiparlamentarismus zu betreiben.

Einfache, radikale Losungen (»Kastration aller Sexualstraftäter«, »den Stau auflösen«) suggerieren schnelle Lösungen für komplexe gesellschaftliche Probleme. Er macht sich Ängste vor einer ungewissen Zukunft ebenso zu nutze, wie die vor real existierenden und erlebten Problemen sich verschärfender sozialer Lagen in einer Großstadt (»Hamburg – Hauptstadt des Verbrechens«). Die Schill-Partei als rechtspopulistisch zu bezeichnen, ist im Prinzip richtig, allerdings zu unscharf, weil unter-

schiedlichste Formationen wie beispielsweise die DVU, die Republikaner, die Statt-Partei u.a.m. so benannt und die Unterschiede damit zugleich verwischt werden. Präziser ist die Kennzeichnung rechtskonservativer Populismus (Raschke/Tils). Die Positionen sind noch verfassungskonform und in diesem Sinne nicht rechts-extremistisch⁴. Die Distanzierungen Schills⁵ sind einer der Gründe, warum eine Stigmatisierung bisher nicht funktionierte und Schill im bürgerlichen Lager salonfähig werden konnte (Frankfurter Rundschau 14.11.01). Er orientiert auf die konservative Begriffswelt eines starken und autoritären Staates. Die Entpolitisierung und Refunktionalisierung von Polizei und Justiz sind deshalb Kernelemente seiner politischen Strategie. Dirk Schümer vertritt die Position, von Hamburg möge jenseits rechtsextremer Versuche eine Modellfunktion ausgehen, die den Anschluss an die Veränderungen in Europa finden läßt (FAZ 25.9.01). In der *Jungen Freiheit*, die das Projekt Schill-Partei inzwischen bedauernd in Gefahr sieht, wird formuliert, es sei als »richtig unter den obwaltenden Umständen (...) zu bewerten, dass sich Schill rigoros gegen Rechts abgrenzt. Es bleibt ihm letztlich gar nichts anderes übrig ... Deshalb zeugt der pragmatische Kurs der Schill-Partei von politischem Instinkt.« (Junge Freiheit 7.12.01)

Wurden im Hamburger Wahlprogramm keine explizit rassistischen Positionen formuliert, waren die Botschaften dennoch so unmissverständlich, dass die Lufthoheit über den Stammtischen mühelos errungen wurde. Die Mehrheit der MigrantInnen wird vordergründig für ihr integratives Verhalten gelobt, um jedoch im gleichen Atemzug zu erwähnen, dass der Drogenhandel zu 70 Prozent in ausländischer Hand sei und Hamburg es sich nicht mehr leisten könne, wenn 30 Prozent der Sozialhilfe für Migranten ausgegeben wird. Im sachsen-anhaltischen Wahlkampf wurde diese Haltung deutlich verschärft und damit offensichtlich überzogen (Schmitz). Dennoch scheint sich die Partei gerade hierdurch Erfolg zu versprechen: Der Bürgerschaftsabgeordnete Braak griff die kirchliche Sozialarbeit zur Integration von Ausländern scharf an⁶. In seiner Grundsatzrede auf dem Bundesparteitag stellte Schill einen Zusammenhang zwischen Arbeitslosigkeit und MigrantInnen her: »So wird der deutsche Wohlstand verfrühstückt.« (HA 13.5.02). Er fordert die Verschärfung der Asylgesetze nach australischem und dänischem Vorbild. Die bisherige Krönung lieferte der Bundesgeschäftsführer Barth-Völkel, indem er Zwangsuntersuchungen und Internierungslager für kranke MigrantInnen forderte⁷. Diese Äußerungen und das miserable Krisenmanagement Schills haben eine ernste Koalitionskrise ausgelöst und es deutet darauf hin, dass ein Teil des die Schill-Partei stützenden bürgerlichen Lagers ernste Bedenken bekommt (»Man kann nur noch den Kopf schütteln« – Die Welt 1.8.02).

* Junge Freiheit, 7. Dezember 2001

Schill an der (Regierungs-)Macht: »Ich bin das verkörperte Protest- potential«*

Kompliziert wird für die Schill-Partei der Spagat zwischen ihrer negatorischen Haltung als Protestpartei und ihrer Regierungsbeteiligung. Vermutlich werden insbesondere WählerInnen aus sozialen Problem- und Randlagen ihre erhofften Vorteile eines Tages einfordern. Selbst wenn die zunehmenden rassistischen Äußerungen Teil eines Konzeptes wären, dieses Spektrum »bei Laune zu halten«, ohne ihnen eine substantielle Verbesserung ihrer Lebenslage anbieten zu können, bleibt die Frage nach der Arbeit der Schill-Partei im Senat.

Kernpunkte des Wahlkampfes (Halbierung der Kriminalitätsrate in 100 Tagen, 2.000 neue Polizisten, Strafmündigkeit ab 12 Jahre, dreispuriger Autobahnring um Hamburg) sind nicht umsetzbar und wurden bereits zwei Tage nach der Wahl ad acta gelegt (HA 26.9.01). Dennoch lobte der Präses der Handelskammer den angekündigten Politikwechsel insbesondere auch im Bereich Verkehr und Innere Sicherheit (HA 2.1.02). Zwei Bereiche, in denen die Schill-Partei die Senatoren stellt.

Zahlreiche Maßnahmen sind allerdings nur symbolischer Natur. Die Polizei soll wieder dunkelblaue Uniformen erhalten. Die Polizeikommission wurde als »polizeifeindliche« Einrichtung abgeschafft. Die »ideologische Behinderung des Individualverkehrs« durch Rotgrün wird mittels Entfernen von Pollern, Abdecken von Radarmessanlagen, Rückbau von Tempo-30-Zonen und Busspuren sowie der Einführung des grünen Pfeils überwunden. Ernster zu nehmen sind die Vorschläge für ein neues Polizeigesetz und die Einführung einer »Sicherheitswacht«, in der Bürger in ihren Wohngebieten patrouillieren sollen. Wesentlicher ist die »Zerschlagung der offenen Drogenszene« in der Innenstadt mittels Vertreibung und Verhaftung von Dealern. Wurde im Wahlkampf noch »Alle Härte den Dealern, alle Hilfe den Süchtigen« gefordert, wird inzwischen auch das Therapieangebot und die kontrollierte Drogenfreigabe ausgedünnt. Schill-Gesundheitssenator Rehaag: »Für Junkies wird es ungemütlich« (HA 4.3.02). Punkten kann die Schill-Partei auch mit der Einführung von Tempo 60 und dem neuen bayrischen Polizeipräsidenten Nagel.

Angetreten als Anti-Filzpartei produziert sie ständig Affären und Skandale. Alte Freundschaften (Schill und Rehaag), die Anstellung von Abgeordneten bei ihren Senatoren (Nockemann ist zugleich stellvertretender Fraktionsvorsitzender und Schills Büroleiter) und der »verliebte Senator« Mettbach (Bild 22.1.02), der seine

Lebensgefährtin als persönliche Referentin einstellte, bestimmen das Bild.

Schwierigkeiten machen die mögliche Befangenheit des Staatsrates Wellinghausen aufgrund der Tatsache, dass er im Amt mit Fragen organisierter Kriminalität befasst ist, in seiner Anwaltskanzlei aber Menschen aus diesem Milieu vertreten werden (HA 5.2.02) sowie Bodyguards, die im Wahlkampf umsonst für Schill gearbeitet haben und die aus dem neonazistischen Milieu kommen sollen (HA 13.2.02). Im sog. »Schickeria-Vermerk« hat Schill festgelegt: Drogenfahnder werden dort eingesetzt, wo optische Auswirkungen auf die Attraktivität Hamburgs vorkommen, nicht in Schickeria-Kreisen (Die Welt 6.2.02). Eben dort wird allerdings auch der »Partysenator« Schill häufig gesichtet. Er verteidigte seine Partyauftritte als wichtige Kontaktpflege und »eine Art erweiterte Bürgersprechstunde« (Spiegel online 3.2.02). Sowohl die Kokainvorwürfe als auch der Prozess wegen des Verdachts der Rechtsbeugung bzw. Freiheitsberaubung im Amt haben Schill in seiner WählerInnenklientel nicht geschadet, handelt es sich in deren Augen schließlich um Rachezügler der politischen Klasse gegen den einzig Aufrechten. Sie gehen davon aus, dass die »blutungen Senatoren« den sozialdemokratischen Beamten lediglich ein ums andere Mal in offene Messer gelaufen seien (FAZ 2.2.02). Und obwohl Konservative die eines Innensenators unwürdige Verrohung der Sitten kritisieren, wurde im Frühjahr die Einschätzung abgegeben, Schill beginne seine Versprechen einzulösen (HA 21.2.02). Zumindest bis zur Entscheidung bei den Bundestagswahlen anzutreten, erhielt er Rückendeckung durch die CDU.

Querulanten und verpatzte Chancen auf dem Weg der bundesweiten Aus- dehnung

Bis zum Frühsommer sind die Mitgliederzahlen der Schill-Partei⁸ angewachsen. Neben Hamburg wurden in Sachsen-Anhalt und Mecklenburg-Vorpommern Landesverbände gegründet und in allen Bundesländern Parteistrukturen aufgebaut. Schlüssel zum bundesweiten Aufstieg sollte die Landtagswahl in Sachsen-Anhalt am 21. April 2002 werden. Dort wollte der »Größte Wahlsieger aller Zeiten« (Schill in Super-Illy 48/01) den Hamburger Erfolg wiederholen und den Ministerpräsidenten stellen. Die DVU (*98: 12,9 Prozent) sollte beerbt werden und die PDS wurde zum Hauptgegner auserkoren. Beides hat nicht funktioniert, die Schill-Partei ist mit 4,5 Prozent der Stimmen knapp gescheitert.

Zum Vorsitzenden der ca. 800 Mitglieder wurde der Hamburger Millionär Marseille bestimmt, der sein Ver-

* Hamburger Abendblatt (HA), 26. September 2001

mögen in Pflege- und Reha-Kliniken sowie in Immobiliengeschäften einsetzt. Er ist im Land aufgrund unerträglicher Klagen um Fördergelder und Entschädigungen im dreistelligen Millionenbereich bekannt. Dies löste sofort Turbulenzen bei Regionalpolitikern aus, die gleichfalls in den Dienst der Schill-Partei treten wollten. Sie sprechen von einem Wirtschaftshai, der die Ausplünderung des Landes Sachsen-Anhalt im Auge habe, und zogen sich enttäuscht zurück. Ihre Neugründung RBP spielte zwar keine Rolle im Land, der Start war allerdings bereits verpatzt. Auch das Geld des »Westimports« Marseille konnte diesen Imageschaden nicht ausgleichen.

Sicherheit und Kriminalität sollten als Kernthemen der Schill-Partei ergänzt werden um die Themen Wirtschaft, Arbeits- und Zukunftslosigkeit im Osten. Sachsen-Anhalts WählerInnen sind weniger von Kriminalität bedroht als von einer kriminell hohen Arbeitslosigkeit, und die rassistische Plakatserie zu Asyl und Migration hat zahlreiche WählerInnen eher abgeschreckt.

In Mecklenburg-Vorpommern tritt die Schill-Partei zur Landtagswahl am 22.9. an. Im Januar hatte der CDU-Vorsitzende Rehberg noch von den »leuchtenden Augen« seiner Mitglieder gesprochen, die die Chance witterten, die SPD/PDS-Koalition gemeinsam mit Schill abzulösen (FAZ 16.1.02). Mit dem Präsidenten der IHK Schwerin, Liesberg, dem ehemaligen CDU-MdB Marten und dem Präsidenten der Kassenärztlichen Vereinigung Mecklenburg-Vorpommerns, Eckert, u.a. wurden honorige Bürger gewonnen. Der Landesverband wurde nach Tumulten im dritten Anlauf gegründet. Querelen und Grabenkämpfe führten dazu, dass ein Fünftel der Mitglieder wieder austrat. Eckert, auch Spitzenkandidat zur Landtagswahl, trat ebenfalls hiervon wieder zurück. In den Umfragen sank die Partei von 19 auf 2 Prozent (Handelsblatt 16.7.02).

Aber nicht nur im Osten bestehen Probleme beim Parteaufbau. Schill führt eine kaum arbeitsfähige, kompetenzarme Partei von Politneulingen und beklagt selbst, dass zu viele »Querulanten uns das Leben schwermachen« (Die Zeit 27/02). Es ist bislang kaum gelungen, »bürgerliche Experten« von außerhalb für Funktionen und die Beratung zu gewinnen. Jetzt, sechs Wochen vor der Bundestagswahl, liegt immer noch kein Wahlprogramm vor.

In Hamburg regte sich früh Kritik an der Parteispitze, ein »linker Flügel« forderte Rechte für die Basis und die rasche Ausweitung der programmatischen Themen. Kommunalabgeordnete traten aus, und die Fraktion in der BV Harburg spaltete sich. 250 Mitglieder verließen die Partei, insbesondere weil sie mit der Bundestagskandidatur nicht einverstanden waren. In der Bürgerschaftsfraktion kam es zu einem Machtkampf um die Abwahl der bisherigen Parlamentarischen Geschäftsfüh-

rerin, Katrin Freund, die auch die Lebenspartnerin Schills ist. Gerüchte gehen um, dass Bürgerschaftsabgeordnete vorsichtig bei der SPD anklopfen (Die Welt 10.7.02).

»Wirrwarr«, »Selbsterfleischung« und »Chaos« lauten Zustandsbeschreibungen, seit im Mai der Bundesparteitag mangels Beschlussfähigkeit platzte und dann im Juni mit 453 zu 386 Stimmen, gegen den Widerstand Schills und des gesamten Bundesvorstandes, die Teilnahme an der Bundestagswahl beschloß. Er kassierte die Niederlage offensichtlich auf Grund des Zusammenwirkens von Mitgliedern aus mehreren Bundesländern, die erst nach dem Hamburger Wahlerfolg zur Partei gestoßen waren. Sie hatten den Vorstand stürzen und die Kandidatur durchsetzen wollen. Obwohl sie sofort ihrer Funktionen enthoben und Ausschlüsse geprüft wurden, konnten sie sich in der Kandidaturfrage auf dem Parteitag durchsetzen (HA 25.5.02).

Immerhin stellt die Schill-Partei fast überall Landeslisten auf. Nur in Sachsen-Anhalt verweigerte sich der Landesverband – unter dem Eindruck der eigenen Wahlniederlage – an einem »No-Budget-Wahlkampf« ohne Erfolgsaussicht zu beteiligen. »Marseilles Defaitismus« (Junge Freiheit 19.7.02) trübt nochmals die Aussichten, die Fünfprozenthürde zu überspringen. Mit markigen Parolen wird Schill versuchen diese Defizite auszugleichen und damit unter Umständen die Konkurrenz nach rechts zu drücken.

Ausblick: Hat die Schill-Partei eine Zukunft?

Die Achse der Politik ist in der Bundesrepublik schon in den letzten Jahren deutlich nach rechts verschoben worden. In Hamburg hat Schill mit seinem Wahlkampf das politische Klima massiv verändert. Ein Beleg ist die innenpolitische Neuausrichtung des rot-grünen Senats (Stichwort »Brechmitteleinsatz«). Zudem war das Wahlergebnis auch für die Schilys und Becksteins Bestärkung darin, dass mit einer Verhärtung in der Innen- und Migrationspolitik Wahlerfolge zu erzielen sind.

Der bisherige Erfolg der Schill-Partei lag auch an der Schwäche der CDU. Die Koalitions- bzw. Duldungsbereitschaft von FDP, PDS sowie Grünen lässt der SPD auf Bundesebene mehrere Optionen zur Fortsetzung der Regierungsgeschäfte. Wenn Wahlen in der Mitte gewonnen werden, muss Stoiber weiter in die Mitte rücken (Wiegel). Daraus könnte sich eine strategische Option für die Union in Hinblick auf die Schill-Partei ergeben. Hamburg wäre gewissermaßen der Probelauf. Zugleich entsteht für die Union ein Problem, wenn sie

eine Partei rechts von sich zulässt. Die Kontroverse darüber ist nicht beendet. Stoiber wird zugeschrieben, er befürchte, die Union könne in einer Zangenbewegung von FDP und Schill-Partei untergehen.

Welche Aufgabe bleibt für die Linke? Sie darf sich, neben der Skandalisierung rechtspopulistischer Tendenzen, nicht damit abfinden, dass Menschen rechtspopulistisch wählen. Sie sollte den ernsthaften Versuch unternehmen, sie davon zu überzeugen, dass sie sich auf einem völlig falschen Weg befinden. Es ist Gregor Gysi zuzustimmen, wenn er fordert: »Man muss sie überzeugen, dass die rechte Logik falsch, inhuman, undemokratisch, kulturlos, aber auch sozial blanker Unsinn ist. Man darf nicht Menschen gegeneinander aufhetzen, sondern man muss die Verhältnisse ändern, wenn die Gesellschaft sozial gerechter werden soll.« (ND 6.6.02) Die gerade bei SPD und Grünen immer wieder vorgebrachte Hoffnung auf Entzauberung bestärkt die Gefahr, dass das Phänomen Schill unter Umständen verschwindet, bevor es von zahlreichen politischen Beobachtern in seiner Dimension überhaupt begriffen wurde.

Auch wenn vieles dafür spricht, es ist noch nicht sicher, ob Schill scheitert. Selbst wenn der Einzug in den Bundestag verfehlt werden sollte und die Schill-Partei zunächst regional begrenzt bleibt, besteht in der Bevölkerung die große Bereitschaft eine rechtspopulistische Partei zu wählen. Für Schills Zukunft zählt nicht nur das Wahlergebnis, sondern auch, ob es ihm gelingt, die divergierenden Kräfte, gerade in den Landesverbänden, wieder zu einen. Die gesellschaftlichen Umwälzungen mit ihren Folgen, die ursächlich zur Schill-Wahl beigetragen haben, bleiben auch bei veränderter Kanzlerschaft bestehen.

Die politische Linke sollte diese Probleme ernst nehmen und stärker demokratische, emanzipatorische und solidarische Vorschläge zu ihrer Lösung entwickeln.

Hamburg, im August 2002

1 Hamburger Abendblatt (im folgenden HA) 26.7.01 In den Umfragerwerten stieg die Schill-Partei von 9 Prozent (Juli) auf 15 Prozent (August). In Sachsen-Anhalt hielt sich die CDU hingegen alle Optionen offen (FAZ12.4.02).

2 Bei der Bürgerschaftswahl 1997 stimmten ca. 7 bis 10 Prozent für rechtspopulistische bzw. rechtsextreme Parteien. Der DVU fehlten nur wenige Stimmen zum Überspringen der Fünfprozenthürde.

3 Siehe Statistisches Landesamt
www.hamburg.de/Behoerden/StaLa/wahlen/wahl2001/welcome.htm

4 Die Partei grenzt sich von rechtsextremen Organisationen ab. Im Juni wurde ein Unvereinbarkeitsbeschluss für ehemalige Mitglieder rechtsextremer Parteien beschlossen. Einzelne Fälle, wie die des auf Platz 2 der thüringischen Bundestagsliste kandidierenden FDVU-Kaders Steinert sind bislang Ausnahmen. Rechtsextreme kritisieren dies scharf. Es dient ihnen als Beleg, warum Schill scheitern muß (Nation & Europa 7/8 2002; Deutsche Stimme 12-01)

5 »Ich verbitte mir jeden Vergleich mit Jörg Haider, da er sich nicht von den Verbrechen des Dritten Reiches ausreichend distanziert hat.« Junge Freiheit 7.12.01

6 In einem Brief schrieb Braak: »...die Fachleute vor Ort sind selbst ernannte Ideologen, und in den Kirchen haben Bürger, seitdem dort linke Kadergruppen Einzug gehalten haben, keine Heimat mehr finden können.« HA 3.5.02

7 Er forderte Internierungslager für kranke Zuwanderer und sagte, »anderenfalls könnten sich junge Männer ukrainische Au-pair-Mädchen in der Disco anlachen und dann infizieren« (HA 31.7.02)

8 Die Partei nennt 6.100 Mitglieder (23.6.02) Über Mitglieder und finanzielle Förderer ist wenig bekannt. Es sollen sich mehrere Großspender (über 20 TDM) darunter befinden. Hinzu kommen einige Hamburger Geschäftsleute, die vor der Wahl in Anzeigen ihre Unterstützung für Schill bekundet haben.

Literatur:

Bischoff, J./Müller, B.: »Europa auf dem Weg nach rechts?«, in: Sozialismus, Juni 2002

Chrapa, M.: »Stärken und Schwächen der PDS im Wahljahr 2002«, in: Rosa-Luxemburg-Stiftung (Hg.): rls-standpunkte 2/2002, Berlin 2002

Decker, F.: »Perspektiven des Rechtspopulismus in Deutschland am Beispiel der Schill-Partei«, in: Aus Politik und Zeitgeschichte, Heft 21, Mai 2002

Meuche-Mäker, Meinhard: »Ein Politisches Beben verändert die Stadt – bald auch die Republik? Gedanken zum Aufstieg der Schill-Partei«, Hamburg 2002

Müller, B.: »Aufstand der Anständigen. Rechtspopulismus in Hamburg«, in: Sozialismus, Oktober 2001

Raschke, J./Tils, R.: »CSU des Nordens«, in: Blätter für Deutsche und Internationale Politik, Januar 2002

Schmitz, M.: »Die ›Schill-Partei‹«, Arbeitspapier der Konrad-Adenauer-Stiftung e.V., April 2002

Wiegel, G.: »Die Union und der rechte Rand«, hrsg. von der PDS-Bundestagsfraktion, März 2002

